



Amtsgericht Nettetal

Beschluss

Für das Geschäftsjahr 2025 hat das Präsidium des Amtsgerichts Nettetal folgende Geschäftsverteilung im richterlichen Dienst beschlossen:

I. Verteilung der richterlichen Geschäfte:

1.) **Radtke, Direktor des Amtsgerichts**

- a) Strafsachen gegen Jugendliche und Heranwachsende
- b) die zum Jugendrichter angeklagten Jugendschutzsachen gem. § 26 GVG
- c) Erzwingungshafthsachen
- d) Ermittlungen zu a) bis c)
- e) Nachlasssachen
- f) Betreuungssachen - einschließlich Unterbringung und unterbringungsähnlichen Maßnahmen nach dem Betreuungsrecht - sowie sonstige Angelegenheiten des Betreuungsgerichts mit den Endziffern 1, 3, 4, 6, 9
- g) Verfahren nach dem Gesetz betreffend psychisch Kranke mit den Endziffern 1, 3, 4, 6, 9
- h) Rechtshilfeersuchen zu a) bis g)

Vertretung:

Richter am Amtsgericht Lindemann

2.) Ungricht, Richterin am Amtsgericht

- a) die Sachen des Zivilprozessregisters aus der Abteilung 19, in die von je 21 eingehenden Sachen die 12., 13., 14., 15., 16., 17., 18., 19., 20. und 21. fortlaufend in einem 21er-Turnus eingetragen werden
- b) die ab dem 01.01.2025 eingehenden Sachen des Zivilprozessregisters aus der Abteilung 27, in die von je 21 eingehenden Sachen die 1. und 2. fortlaufend in einem 21er-Turnus eingetragen werden
- c) Wohnungseigentumssachen
- d) Zwangsvollstreckungssachen
- e) Rechtshilfeersuchen zu a) bis d)

Vertretung:

zu a), b), c) und zugehörige Rechtshilfeersuchen:

- erste Vertreterin: Richterin Otto
- zweiter Vertreter: Richter am Amtsgericht Lindemann

zu d) und zugehörige Rechtshilfeersuchen:

- erste Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Hermanns
- zweiter Vertreter: Richter am Amtsgericht Lindemann

3.) Baak, Richter am Amtsgericht

- a) Familiensachen und sonstige Angelegenheiten des Familiengerichts mit den Anfangsbuchstaben A bis C, F, G, L, O, P, T, V und Z sowie alle Adoptionssachen

- b) aus der Abteilung 7, in die die Familiensachen und sonstigen Angelegenheiten des Familiengerichts - ausgenommen Adoptionssachen - mit den Anfangsbuchstaben D bis Y ohne F, G, L, O, P, T und V eingehen, die mit den Endziffern 2, 3, 4, 5, 7 und 9 sowie hinsichtlich der Endziffern 2, 6 und 8 der Bestand der bis zum 31.07.2021 anhängig gewordenen Sachen und hinsichtlich der Endziffer 0 der Bestand der bis zum 31.08.2021 anhängig gewordenen Sachen
- c) Grundbuchsachen
- d) Rechtshilfeersuchen zu a) bis c)

Vertretung:

- erste Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Hermanns
- zweiter Vertreter: Richter am Amtsgericht Lindemann

4.) **Lindemann, Richter am Amtsgericht**

- a) Strafsachen gegen Erwachsene
- b) Bußgeldsachen gegen Erwachsene, Jugendliche und Heranwachsende
- c) die Sachen des Zivilprozessregisters aus der Abteilung 17, und zwar von je 21 eingehenden Sachen die 3., 7., 8., 9., 10., und 11. fortlaufend in einem 21er-Turnus
- d) Ermittlungen zu a) und b)
- e) Rechtshilfeersuchen zu a) bis d)
- f) Geschäfte des Vorsitzenden des Schöffenwahlausschusses

Vertretung

- zu a), b), d) und zugehörige Rechtshilfeersuchen sowie zu f):
- Vertreter: Direktor des Amtsgerichts Radtke

zu c) und zugehörige Rechtshilfeersuchen:

- erste Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Ungricht
- zweite Vertreterin: Richterin Otto

5.) Hermanns, Richterin am Amtsgericht

- a) Betreuungssachen - einschließlich Unterbringung und unterbringungsähnlichen Maßnahmen nach dem Betreuungsrecht - sowie sonstige Angelegenheiten des Betreuungsgerichts mit den Endziffern 0, 2, 5, 7 und 8.
- b) Verfahren nach dem Gesetz betreffend psychisch Kranke mit den Endziffern 0, 2, 5, 7 und 8.
- c) aus der Abteilung 7, in die die Familiensachen und sonstigen Angelegenheiten des Familiengerichts - ausgenommen Adoptionssachen - mit den Anfangsbuchstaben D bis Y ohne F, G, L, O, P, T und V eingehen, die Sachen mit den Endziffern 6, 8 und 0 mit Ausnahme des Bestandes, soweit er Richter am Amtsgericht Baak zugewiesen ist

sowie die bis zum 31.12.2024 eingegangenen Sachen der Abteilung 7 mit der Endziffer 2
- d) nicht verteilte Sachen
- e) Rechtshilfeersuchen zu a) bis d)

Vertretung:

- erster Vertreter: Richter am Amtsgericht Baak
- zweiter Vertreter: Richter am Amtsgericht Lindemann

6.) Otto, Richterin

- a) die bis zum 31.12.2024 in die Abteilung 27 eingegangenen Sachen des Zivilprozessregisters.

- b) die Sachen des Zivilprozessregisters aus der Abteilung 4, in die von je 21 eingehenden Sachen die 4., 5., und 6. fortlaufend in einem 21er-Turnus eingetragen werden
- c) die ab dem 02.04.2024 eingehenden Sachen der Abteilung 7, in die die Familiensachen und sonstigen Angelegenheiten des Familiengerichts - ausgenommen Adoptionssachen - mit den Anfangsbuchstaben D bis Y ohne F, G, L, O, P, T und V eingehen, mit der Endziffer 1

sowie die zwischen dem 02.04.2024 und 31.12.2024 eingegangenen Sachen der Abteilung 7 mit der Endziffer 3

- d) die jeweiligen Rechtshilfeersuchen zu a), b) und c)

Vertretung:

zu a) und b) und zugehörige Rechtshilfeersuchen:

- Erste Vertreterin: Richterin am Amtsgericht Ungricht
- Zweiter Vertreter: Richter am Amtsgericht Lindemann

zu c) und zugehörige Rechtshilfeersuchen:

- erster Vertreter: Vertreter Richter am Amtsgericht Baak
- zweite Vertreterin Richterin Amtsgericht Hermanns

7.)

Der Eil- und Bereitschaftsdienst, dessen Gegenstand sich aus dem jeweils aktuellen Beschluss des Präsidiums des Landgerichts Krefeld ergibt, ist für das Amtsgericht Nettetal bei dem Amtsgericht Krefeld zentralisiert.

8.)

Die Aufgaben des Güterrichters gem. § 278 Abs. 5 ZPO nimmt der bei dem Landgericht Krefeld hierfür bestimmte Richter wahr.

Die Aufgaben des Güterrichters gem. § 36 Abs. 5 FamFG nimmt der bei dem Amtsgericht Krefeld hierfür bestimmte Richter wahr.

9.)

Die Entscheidung über ein Ablehnungsgesuch nach § 45 ZPO sowie nach § 27 Abs. 3 StPO trifft Richter am Amtsgericht Baak, im Verhinderungsfalle Richterin am Amtsgericht Ungricht, Richter am Amtsgericht Lindemann, Richterin am Amtsgericht Hermanns, Richterin Otto und Direktor des Amtsgerichts Radtke in dieser Reihenfolge. Bei begründeter Ablehnung des Straf- oder Bußgeldrichters entscheidet dann in der Sache der Jugendrichter, bei begründeter Ablehnung des Jugend- oder Jugendschutzrichters entscheidet der Strafrichter. Im Übrigen ist bei begründeter Ablehnung eines Richters zunächst ein anderer Richter des gleichen Sachgebiets:

- Angelegenheiten des Familiengerichts
- Sachen des Zivilprozessregisters und Wohnungseigentumssachen
- Nachlass-, Grundbuch- und Zwangsvollstreckungssachen
- Angelegenheiten des Betreuungsgerichts

zur Entscheidung berufen. Gibt es mehrere Richter, die im Zeitpunkt der Entscheidung über das Befangenheitsgesuch im gleichen Sachgebiet zuständig sind, entscheidet der dem abgelehnten Richter im genannten Zeitpunkt im Alphabet nachfolgende Richter.

Gibt es keinen weiteren Richter, der im gleichen Sachgebiet tätig ist, ist der Vertreter des abgelehnten Richters zuständig.

10.)

In den Fällen der Aufhebung eines Urteils des Straf- oder Bußgeldrichters und Zurückweisung nach § 354 II StPO ist der Jugendrichter zuständig; soweit der Jugend- oder Jugendschutzrichter die aufgehobene Entscheidung getroffen hat, ist der Strafrichter zuständig.

11.)

Im Falle der Verhinderung der regelmäßigen Vertreter sind Vertreter die übrigen Planrichter in der Reihenfolge nach ihrem Dienstalder, beginnend mit dem Dienstjüngsten.

II. Aufteilung im Turnussystem

Sachen des Zivilprozessregisters sind Zivilsachen, Anträge auf einstweilige Verfügungen und Arreste, selbstständige Beweisverfahren (H) und Rechtshilfesachen (AR).

1.)

In der Briefannahmestelle werden alle einzutragenden Neueingänge der vorstehenden Angelegenheiten sowie Abgaben - die wie Neuzugänge behandelt werden - erfasst und jeweils vor ihrer Weitergabe an die Eingangsgeschäftsstelle für Zivilprozesssachen mit einem Tagesdatum und einer fortlaufenden Nummerierung in der Reihenfolge ihrer Erfassung versehen. Die laufende Nummerierung beginnt neu für die ab dem 02.01. eines jeden Jahres eingehenden Neuzugänge und Abgaben innerhalb des Gerichts ohne Rücksicht auf den Tag des Eingangs.

2.)

In der Eingangsgeschäftsstelle für Zivilprozesssachen werden die in der Briefannahme nummerierten Eingänge nach Sachgebieten gekennzeichnet und in die Register eingetragen.

Sodann werden die Eingänge in der Reihenfolge ihrer Nummerierung auf die zuständigen Richtergeschäftsaufgaben der Abteilungen entsprechend dem für jede Abteilung festgelegten Blockturnus verteilt, wobei die Reihenfolge des Vorjahres jeweils in dem nachfolgenden Jahr fortgesetzt wird.

3.)

Die Eingangsgeschäftsstelle darf Neuzugänge nicht unmittelbar vom Einreicher entgegennehmen.

4.)

Eine Klage, die nach einem Verfahren über Prozesskostenhilfe erhoben wird, fällt in die Zuständigkeit der richterlichen Abteilung, welche über den Prozesskostenhilfeantrag entschieden hat, ohne dass eine Anrechnung auf den Turnus erfolgt. Besteht die zuständige Abteilung nicht mehr, wird die Klage im Blockturnus wie ein Neueingang behandelt und zugeteilt.

5.)

Für weggelegte Verfahren sowie abgeschlossene Verfahren und für Nichtigkeits- und Restitutionsklagen bleibt nach erneuter Aufnahme des Verfahrens und/oder bei notwendigen weiteren Entscheidungen die bisherige Abteilung zuständig. Eine

Anrechnung auf den Turnus erfolgt nicht. Besteht die danach zuständige Abteilung nicht mehr, wird das Verfahren wie ein Neuzugang behandelt.

6.)

Nach Zurückverweisung oder nach Ablehnung einer Verfahrensübernahme durch ein anderes Gericht oder nach erneuter Verweisung an das Amtsgericht Nettetal nimmt ein Verfahren nur dann - erneut - am Turnus teil, wenn die ursprünglich mit der Sache befasste Abteilung aufgelöst ist.

7.)

Verfahren gegen mehrere Gesamtschuldner, insbesondere auch nach § 696 ZPO abgegebene Mahnverfahren gelten für den Turnus stets als ein Verfahren. Bei zeitlich gestaffeltem Eingang ist die erstbefasste Abteilung - bei Eingang am gleichen Tag gilt die niedrigste Nummer der Briefannahmestelle - auch für die späteren Verfahren zuständig ohne Rücksicht auf den Stand sämtlicher Verfahren.

Wenn in derselben Sache gleichzeitig oder in einem Schriftsatz verbunden eine Klage und ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Verfügung oder eines Arrestes eingehen, so ist zuerst die einstweilige Verfügung oder der Arrestantrag einzutragen, beide Verfahren (zwei Sachen) sind sodann der Abteilung zuzuweisen, die auch für das Eilverfahren zuständig ist - mit Ausnahme einer in die Sonderzuständigkeit einer Abteilung fallenden Sache -, wobei eine Anrechnung der zweiten Sache (Hauptsache) auf den Turnus nicht stattfindet.

8.)

Abgaben finden nur statt, wenn die Abteilung Geschäfte der in Frage kommenden Art überhaupt nicht zu bearbeiten hat.

9.)

In allen Fällen der Abtrennung werden diese in der Ursprungsabteilung weiterbearbeitet, erhalten jedoch ein neues von der Zentralgeschäftsstelle zu vergebendes Aktenzeichen derselben Richterabteilung, wobei eine Anrechnung auf den Turnus nicht erfolgt. Für jedes abgetrennte Verfahren ist eine neue Zählkarte anzulegen.

10.)

Wird gemäß § 147 ZPO die Verbindung mehrerer, bei verschiedenen Abteilungen anhängiger Prozesse angeordnet, so geht die weitere Bearbeitung der zu verbindenden Sachen auf die Abteilung über, welche die Verbindung angeordnet hat. Eine Anrechnung auf den Turnus findet ebenfalls nicht statt.

11.)

Eine Anrechnung auf den Turnus einer abgebenden und/oder einer übernehmenden Abteilung erfolgt nicht.

12.)

Eine einmal vorgenommene Zuweisung im Blockturnus ist zuständigkeitsbegründend; dies gilt auch für Eilsachen, eine Abgabe ist nicht möglich.

13.)

Bei gleichzeitig eingehenden Sachen bestimmt sich die Reihenfolge der Eintragung nach der alphabetischen Reihenfolge wie unten unter IV. bestimmt.

Gehen gleichzeitig Sachen ein, bei denen der Anfangsbuchstabe gleich ist, so kommt es auf die folgenden Buchstaben des Namens an, bei gleichen Nachnamen ist der Vorname maßgebend.

14.)

Vorstehende Regelungen gelten entsprechend für Eingänge im Rahmen des elektronischen Rechtsverkehrs.

III. Aufteilung nach Endziffern

In Sachen, in denen eine Verteilung nach Endziffern erfolgt (Betreuungssachen - einschließlich Unterbringung und unterbringungsähnlichen Maßnahmen nach dem Betreuungsrecht - sowie sonstige Angelegenheiten des Betreuungsgerichts und Verfahren nach dem Gesetz betreffend psychisch Kranke sowie Familiensachen in den unter I. ersichtlichen Fällen), gelten die unter II. dargestellten Grundsätze mit folgender Maßgabe entsprechend:

1.)

In der Briefannahmestelle werden alle einzutragenden Neueingänge der vorstehenden Angelegenheiten sowie Abgaben - die wie Neuzugänge behandelt werden - jeweils vor ihrer Weitergabe an die Eingangsgeschäftsstelle für Betreuungssachen bzw. Familiensachen mit einem Tagesdatum und einer Uhrzeit entsprechend ihres Eingangs versehen.

2.)

In der Eingangsgeschäftsstelle für Betreuungssachen und Familiensachen (soweit eine Verteilung nach Endziffern erfolgt) werden die Eingänge in der Reihenfolge des Datum- und Zeitstempels auf die zuständigen Richter geschäftsaufgaben als fortlaufende Eingänge verteilt.

IV. Aufteilung nach Buchstaben

In den Sachen, in denen sich die Zuständigkeit nach den Buchstaben bestimmt, ist der Anfangsbuchstabe des Nachnamens des Beklagten, des Schuldners, des Antragsgegners, des Beschuldigten, des Angeklagten oder Betroffenen maßgebend. In Aufgebotsverfahren ist der Name des Antragstellers entscheidend. In Adoptions- und Kindschaftssachen (Sorgerechts-, Umgangs- und Herausgabeverfahren u.a., ausgenommen Kindschaftssachen nach § 640 Abs. 2 ZPO) ist der Anfangsbuchstabe des Nachnamens des Kindes entscheidend.

In Scheidungssachen ist der Ehe name maßgebend. Führen die Eheleute keinen gemeinsamen Ehenamen, so ist der mit dem im Alphabet vorangehenden Anfangsbuchstaben beginnende Ehe name der Ehegatten maßgeblich. Dies gilt auch für alle Verfahren nach § 621 Abs. 1 und Abs. 2 ZPO. Besteht der Name aus mehreren Wörtern, so ist der Name des ersten großgeschriebenen Wortes maßgebend. Akademische Grade gelten nicht als Bestandteil des Namens. Wenn in derselben Sache gleichzeitig ein Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung und ein Hauptsacheverfahren eingehen, so ist zuerst die einstweilige Anordnung einzutragen. Für beide Verfahren (Antrag auf einstweilige Anordnung und Hauptsacheverfahren), ist die Richterin / der Richter zuständig, die / der auch für das Eilverfahren zuständig ist. Würden Familiensachen aus demselben Familienverband in verschiedene Abteilungen oder in derselben Abteilung in die Zuständigkeit verschiedener Richterinnen / Richter fallen, so ist diejenige Abteilung und in derselben Abteilung diejenige Richterin / derjenige Richter zuständig, für die /den die erste Familiensache aus demselben Familienverband eingetragen worden ist, soweit diese noch nicht rechtskräftig abgeschlossen ist.

Bei Gebietskörperschaften, Behörden, Kirchengemeinden, Sparkassen und Versorgungsunternehmen ist die in der Benennung dieser Stellen enthaltene geographische Bezeichnung maßgebend. Bei Firmen ist der Familienname maßgebend. Enthält die Firma keinen Familiennamen, so richtet sich die Zuständigkeit nach dem ersten großgeschriebenen Buchstaben der Firma, wobei das die Gesellschaftsform kennzeichnende Hauptwort (z.B. „Aktiengesellschaft“, „Gesellschaft mit beschränkter Haftung“) außer Betracht bleibt.

Bei Konkursmassen ist der Name der Firma oder der Name des Gemeinschuldners maßgebend.

Bei Nachlassverwaltungen und Testamentsvollstreckungen ist der Name des Erblassers entscheidend. Werden mehrere Beklagte, Schuldner, Antragsgegner, Beschuldigte oder Betroffene in Anspruch genommen oder beschuldigt, so bestimmt

sich die Zuständigkeit nach dem in der alphabetischen Reihenfolge vorausgehenden Anfangsbuchstaben des Nachnamens.

In Straf- und Bußgeldsachen ist der Anfangsbuchstabe des Nachnamens des ältesten Angeschuldigten, Angeklagten oder Betroffenen maßgeblich.

V. Allgemeine Regelungen

1.)

Ist in einer Sache ein Verhandlungstermin durchgeführt worden, so bleibt der Richter für diese Sache zuständig.

2.)

Bei einer Neuverteilung der Geschäfte gilt folgendes:

a) Zivilsachen / Straf- und Bußgeldsachen:

Die bereits anhängigen Sachen werden von der bis dahin zuständigen Abteilung – in derselben Abteilung von dem bis dahin zuständigen Richter / der bis dahin zuständigen Richterin - weiterbearbeitet, sofern bei der Neuverteilung nichts anderes bestimmt ist.

b) Familiensachen und sonstige Angelegenheiten des Familiengerichts /
Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit:

Bereits anhängige Sachen gehen in die neue Abteilung über, soweit nichts anderes bestimmt ist.

Nettetal, 11. Dezember 2024

(Dr. Wermeckes)
Präsident des Landgerichts

(Radtke)
Direktor des Amtsgerichts

(Ungricht)
Richterin am Amtsgericht

(Baak)
Richter am Amtsgericht

(Lindemann)
Richter am Amtsgericht

- verhindert -

(Hermanns)
Richterin am Amtsgericht